

## **Europäische Zukunftsstrategie zwischen Wettbewerb, Krise und Solidarität**

Florian Frühwirt<sup>1</sup> und Gregor Giersch<sup>2</sup>

Momentum Kongress, Hallstadt Oktober 2010

### **Strategien für ein Europa der Solidarität?**

Dieser Essay versucht aktuelle Entwicklungen europäischer Politikausrichtung am Beispiel der Neufassung der EU Wachstumsstrategie EUROPA 2020 nachzuzeichnen und mit Fragen zum Gestaltungsraum solidarischer Politik in der Krise zu kontrastieren. Als grundsätzliche Orientierung der europäischen Wirtschaftspolitik für die kommenden 10 Jahre soll die zwischen Kommission, Rat, Parlament und Mitgliedsstaaten abgestimmte EUROPA 2020 Strategie durch „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ aus der Krise führen. Als Nachfolgestrategie der weitgehend als gescheitert wahrgenommenen Lissabon-Strategie ist dieser Anspruch von EUROPA 2020 zugleich in Frage zu stellen. Dabei werden einerseits, ausgehend von den Konzepten und Inhalten der Strategie, deren Neuansätze, Kontinuitäten und Unzulänglichkeiten im Hinblick auf die Herausforderungen einer solidarischen Vertiefung der europäischen Integration thematisiert. Andererseits hinterfragt der Essay die grundsätzlichen Perspektiven einer solidarischen Politik Europas – vor dem Hintergrund der Widersprüche inszenierter politischer Handlungsfähigkeit einer zur Vollzugsordnung gewordenen ‚monetären Raumordnung‘.

Im Anschluss an eine (1) überblickshafte Darstellung der Eckpunkte der Strategie erfolgt (2) eine knappe Auseinandersetzung mit Entstehungszusammenhang, Agenda und weiterem Kontext. Dies umfasst sowohl eine vergleichende Bezugnahme auf die Lissabon Strategie als auch Aspekte der Diskussionen im Vorfeld, sowie eine würdigend kritische Beurteilung. Auf dieser Grundlage wird (3) der Blick auf den Stellenwert von europäischer Solidarität im wettbewerbszentrierten Integrationsparadigma vor dem Hintergrund der Krise ausgeweitet. Dabei wird der Versuch unternommen, ausgewählte Zusammenhänge und Gegensätze von Wettbewerb und Solidarität an Beispielen europäischer Krisenpolitik und vor dem Hintergrund einer globalen ‚monetären Raumordnung‘ zu illustrieren und die Frage nach dem Potential einer Solidarisierung von Unten zu stellen.

### **1. Europäische Strategie in der Krise**

Mit ihrer neuen – auch als europäische Antwort auf die Krise angekündigten – Strategie EUROPA 2020 rückt die Kommission<sup>3</sup> fünf Bereiche, Beschäftigung, Forschung und Innovation, Klimaschutz und Energie, sowie Bildung und Armutsbekämpfung in den Mittelpunkt. Nationale Ziele und Verlaufspläne sollen gewährleisten, dass jeder Mitgliedsstaat die Strategie EUROPA 2020 auf seine spezifische Situation zuschneiden kann. Bis 2020 sollen konkret in der EU

- 75 % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren in Arbeit stehen.
- 3 % des BIP der EU für F&E aufgewendet werden.

---

<sup>1</sup> Studiert Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Wien.

<sup>2</sup> Ist Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt auf sozialwissenschaftlichen Geldtheorien.

<sup>3</sup> Mitteilung der Kommission, KOM (2010) 2020 „Europa 2020 - Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“, Brüssel, den 03.03.2010.

- die 20-20-20-Klimaschutz-/Energieziele erreicht werden (einschließlich einer Erhöhung des Emissionsreduktionsziels auf 30 %, falls die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind).

Und zudem soll

- der Anteil der Schulabbrecher auf unter 10 % abgesenkt werden, und mindestens 40 % der jüngeren Generation sollten einen Hochschulabschluss haben.
- die Zahl der armutsgefährdeten Personen um 20 Millionen sinken.

Auf EU-Ebene wurden integrierte Leitlinien zur Festlegung der Prioritäten und Ziele der Union verabschiedet. An die Mitgliedstaaten richten sich entsprechende länderspezifische Empfehlungen. Werden diese nicht in angemessener Weise umgesetzt, können politische Warnungen ausgesprochen werden.<sup>4</sup>

Zur Unterstützung der nationalen Anstrengungen schlägt die Kommission sieben bindende Leitinitiativen rund um die Schlagworte „Innovationsunion“, „Jugend in Bewegung“, „Digitale Agenda für Europa“, „Ressourcenschonendes Europa“, „Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung“, „Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“, sowie „Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut“ vor und versichert, die auf EU-Ebene verfügbaren Instrumente ordnungspolitisch in den Dienst der Strategie zu stellen.<sup>5</sup>

Die 27 Staats- und Regierungschefs haben sich im europäischen Rat im März mit EUROPA 2020 beschäftigt und dabei die Kernziele der Strategie bestätigt, die beim Treffen am 17. Juni 2010 offiziell beschlossen wurde.<sup>6</sup> Die Nationalstaaten bleiben letztendlich in ihren Umsetzungen autonom. „Sie werden dies [allerdings] gemäß ihren nationalen Beschlussfassungsverfahren im Rahmen eines Dialogs mit der Kommission zur Prüfung der Vereinbarkeit mit den EU-Kernzielen tun.“<sup>7</sup> Darüber hinaus ist vorgesehen, dass „die Mitgliedstaaten im Herbst ihre nationalen Reformprogramme vorlegen und darin im Einzelnen die Maßnahmen ausführen, die sie zur Umsetzung der Strategie ergreifen werden.“<sup>8</sup>

## 2. Richtungswechsel? Neuausrichtung? Kontinuität?

Von der Kommission weitgehend unabhängig von tagespolitischen Momentaufnahmen entworfen, betont der Rat in seinen Schlussfolgerungen zur Vorlage der Strategie vor allem den Status Quo: „Die Wiederherstellung der makroökonomischen Stabilität und der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sind Grundvoraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung.“<sup>9</sup> Uneinigkeit in dieser Position tritt jedoch in der Relativierung zutage, dass es „wichtig sein [werde], einen Ausstieg aus den zur Bekämpfung der Krise getroffenen außergewöhnlichen Unterstützungsmaßnahmen zu finden, *sobald der wirtschaftliche Aufschwung voll und ganz gesichert ist.*“<sup>10</sup>

Im Zentrum dieser auch geldpolitischen Auseinandersetzung geht es dabei immer wieder um die Feststellung, dass die Haushaltslagen der meisten Mitgliedsländer durch eingeleitete Konjunkturmaßnahmen bei gleichzeitig wegbrechenden Steuereinnahmen nicht solide im Sinne des

---

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Ebenda.

<sup>6</sup> Europäischer Rat, EUCO 13/10 „Conclusions“, Brüssel, den 17.06.2010.

<sup>7</sup> Mitteilung der Kommission, KOM (2010) 2020 „Europa 2020 - Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“, Brüssel, den 03.03.2010..

<sup>8</sup> Ebenda.

<sup>9</sup> Europäischer Rat, EUCO 7/10 „Schlussfolgerungen – 25./26. März 2010“, Brüssel, den 26.03.2010.

<sup>10</sup> Ebenda. Hervorhebungen des Autors.

Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes aufgestellt sind<sup>11</sup> und die Sanktionsmaßnahmen nur theoretisch vorhanden und nicht durchsetzbar seien.<sup>12</sup>

Andererseits ist die Umsetzung der Strategie mit notwendigen mitgliedstaatlichen Investitionen in als Zukunftsfelder identifizierte Politikbereiche verbunden, was das Instrument des Stabilitäts- und Wachstumspaktes selbst nicht unkritisch erscheinen lässt, engt es doch wirtschaftspolitischen Spielraum ein.<sup>13</sup> Trotz heftiger Kritik, auch daran, dass innerhalb des Währungsraumes funktionell bedeutsame Markteffekte wie etwa Zinsspreads als Krisenindikatoren nicht wirken, kommt es zu keiner grundlegenden Neuausrichtung des Paktes.<sup>14</sup>

Dahinter stecken freilich ökonomische Interessen von wettbewerbsfähigen Nationalstaaten, deren Druck die Kommission, aber auch den Rat dazu veranlasst, einer schuldenfinanzierten Umsetzung der Wachstumsstrategie eine Absage zu erteilen: „Member States are determined to ensure fiscal sustainability and achieve budgetary targets without delay.“<sup>15</sup> EUROPA 2020 fügt sich in ein politisches und ökonomisches Gesamtbild ein, das zwischen der Notwendigkeit neuer Schwerpunktsetzungen und mitgliedstaatlicher Interessensgegensätze und Blockaden bestimmt ist.

Der durch die Refinanzierungskrise einiger Mitgliedsstaaten zur Außenstabilisierung des Euro erforderlich gewordene Kollektivhaftungsrahmen (Eurorettungsschirm) hat das politische Gewicht der relativ wettbewerbsfähigeren Mitgliedsstaaten in der Konsolidierungsdiskussion erhöht<sup>16</sup>. Vor diesem Hintergrund betont die Europäische Kommission am 12.5.2010 in einer Mitteilung, dass die Regeln und Prinzipien der Maastrichter Kriterien nach wie vor gültig seien.<sup>17</sup> Auch Angela Merkel versucht die Deutungshoheit der Krise in diesem Sinne zu festigen: "Das eigentliche Problem sind insbesondere die hohen Haushaltsdefizite in den Euro-Ländern.“<sup>18</sup> und fordert, dass das „[p]roblem bei der Wurzel angepackt werden muss, das heißt, dass die Länder die Staatsfinanzen in Ordnung bringen ...“<sup>19</sup>. Das staatliche Sparen solle durch Exportüberschüsse ausgeglichen werden<sup>20</sup> und lohnpolitische Zurückhaltung werde gefordert.<sup>21</sup> Mit anderen Worten, Frankreichs Kritik am deutschen Exportüberschuss wurde sinngemäß die Forderung entgegengestellt, am Vorbild der deutschen Mark werde auch der Euro stark.

Nie zuvor seit dem Beschluss zur Einführung des Euro ist die Auseinandersetzung um die grundsätzliche Ausrichtung der europäischen Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik schärfer gewesen. Und auch wenn die Stärkung der Binnennachfrage in überwiegend exportorientierten Volkswirtschaften von Deutschland bis Finnland für die Entwicklung wirtschaftlichen Wohlstands sinnvoll wäre, da die Exporte auf Basis verfügbarer Schätzungen die Konjunktur in der Eurozone nicht alleine tragen können, sieht es gegenwärtig doch eher nach einer Verhärtung der exportorientierten Wettbewerbsordnung aus. Der Euroraum bleibt damit uneins und driftet weiter auseinander.

---

<sup>11</sup> Vgl. APA Meldung „Staatsschulden: Brüssel straft Österreich ab“ aus Die Presse vom 07.10.2009.

<sup>12</sup> Vgl. Daniel Hug, Interview mit Moritz Krämer „Der Stabilitätspakt der EU ist ein zahloser Tiger“ aus Neue Zürcher Zeitung am Sonntag vom 02.05.2010.

<sup>13</sup> Vgl. Helmut Schmidt „Wenn Stabilität zum Fetisch wird“, „Die Zeit“ vom 17.03.2005.

<sup>14</sup> Vgl. Dieter Wermuth, Rettet den Euro – schafft die Schuldenkriterien ab! in Herdentrieb Blog, 25.03.2010.

<sup>15</sup> Europäischer Rat, EUCO 13/10 „Conclusions“, Brüssel, den 17.06.2010.

<sup>16</sup> Wettbewerbsfähigkeit heißt hier niedrige Lohnstückkosten: Den Preis für diese Exportorientierung haben letztlich die Beschäftigten bezahlt. Insbesondere in Deutschland hat sich dieser Exportwetteifer zu einem System ausgestaltet, das mit der Verbreitung von Leiharbeit und anderen Arbeitsmarktreformen auf europäischer Ebene zur Schwächung der Position von ArbeitnehmerInnen beiträgt. Das gleichzeitige Beharren auf geldpolitischer Stabilität hat zudem die Beziehungen zu Frankreich schwer belastet. Solange Wettbewerb über Kosten und nicht um Ideen geführt wird, ist seine Wirkung jeder Form von Solidarität entgegengesetzt.

<sup>17</sup> Communication from the Commission, COM (2010) 250 „Reinforcing economic policy coordination“, Brussels 12.05.2010.

<sup>18</sup> Interview mit Angela Merkel „Ich gebe Schäuble die Zeit, die er braucht“ aus Süddeutsche Zeitung vom 15.05.2010.

<sup>19</sup> Ebenda.

<sup>20</sup> Kai Beller „Merkel weist Kritik an deutscher Exportmacht zurück“ aus Financial Times Deutschland vom 15.03.2010.

<sup>21</sup> Ebenda.

### **(a) Gemeinsame Krisenintervention oder gemeinsame Wirtschaftspolitik**

Der Status Quo einer gemeinsamen Währungs- und Geldpolitik, der eine Vielzahl nationaler Sozial-, Wirtschafts- und Fiskalpolitiken gegenüberstehen, hat sich als nicht krisensicher und langfristig tragfähig erwiesen, waren es doch gerade nationale Interessen, durch die die Krise an Schärfe gewonnen hatte.

Die gemeinsame Währung hat die Uneinigkeit und Ungleichgewichte, die dem wettbewerbszentrierten Integrationsparadigma Europas zugrunde liegen, nicht gezähmt sondern eher verstärkt. Vor diesem Hintergrund ist der Vorschlag interessant, „Lohnverhandlungen müssen im Einklang stehen mit den Produktivitätszuwächsen in den jeweiligen Sektoren oder Regionen und dem Inflationsziel der EZB.“<sup>22</sup>

Auch wenn selbst europäische Initiativen nicht frei von nationalstaatlichem Einfluss sind, wird doch immer deutlicher, dass es einen „Widerspruch zwischen dem Anspruch auf rationale Europapolitik und den nationalen Sonderinteressen“<sup>23</sup> gibt. Eine rationale, also dem Wohl der gesamten Union verschriebene Politik setze sich nicht durch, denn im „Rat, der Versammlung der Regierungschefs, wird die Rationalität des Apparats zurückgedrängt, um daheim eine kurzfristige demokratische Legitimation zu erhalten: Die Regierungschefs werden in ihren Staaten nur wiedergewählt, wenn sie vorführen können, was sie gegen die EU und für die Nation herausgerissen haben.“<sup>24</sup> Dieses Politikmuster, das lange Zeit überwiegend von den Regierungen kleinerer Mitgliedsstaaten praktiziert wurde, droht unter den verschärften Bedingungen der Krise nun zu einem offenen Interessenswettkampf zu werden.

### **(b) EUROPA 2020 als Strategie einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik?**

Immer lauter werden aber auch im Gegenzug die Stimmen in Europa, die, wenn noch nicht eine gemeinsame, so doch eine eng abgestimmte europäische Wirtschaftspolitik fordern. Der Versuch den bestehenden Integrationsrahmen außer Streit zu stellen und politisch zu ergänzen drückt sich auch im Vorschlag von EU Währungskommissar Rehn aus, der fordert, man müsse „Regeln klarer fassen, verschärfen und automatisch wirken lassen. Und wir müssen die Wirtschaftspolitik viel mehr abstimmen.“<sup>25</sup>

Der Spielraum für gemeinsame Lösungsansätze und Politiken jenseits des wettbewerbszentrierten ordnungspolitischen Integrationsparadigma scheint also trotz Krise des Status Quo verschwindend gering zu sein. Geringer als europäischer Rat und Kommission mit ihrer EUROPA 2020 Strategie der Neuorientierung der künftigen europäischen Wirtschaftspolitik scheinbar vorschlagen. Denn immerhin steht im Mittelpunkt der von Kommissionspräsident José Manuel Barroso am 3. März 2010 vorgestellten Strategie der Anspruch „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ ordnungspolitisch zu gestalten<sup>26</sup>.

### **Lernt Europa aus Lissabon?**

Auf dem nur politisch lösbaren Widerspruch zwischen Haushaltskonsolidierung und Sicherung des Aufschwunges fußt EUROPA 2020. Nachhaltig tragfähige Konzepte, die dieses Spannungsverhältnis

---

<sup>22</sup> Stefan Collignon „Vorwärts mit Europa: Für eine demokratische und progressive Reform der Lissabon-Strategie“ aus Internationale Politikanalyse der Friedrich Ebert Stiftung im April 2008.

<sup>23</sup> Wolfgang Böhm, Interview mit Robert Menasse „EU ist eigentlich Supra-Österreich“ aus Die Presse vom 24.04.2010.

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> Petra Pinzler und Claas Tatje, Interview mit Olli Rehn „Warum sollte ich Fehler gestehen?“ aus Die Zeit vom, 12.05.2010.

<sup>26</sup> Mitteilung der Kommission, KOM (2010) 2020 „Europa 2020 - Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“, Brüssel, den 03.03.2010.

widersprüchlicher Ziele konstruktiv unter Mitwirkung der Europäischen Institutionen, wie der Mitgliedsstaaten aufzulösen vermag, sind erforderlich, soll eine Weiterentwicklung der Union gelingen. Um eine ausgewogene Antwort auf die Frage zu geben, ob, und in wieweit EUROPA 2020 diesem Anspruch gerecht werden kann, müssen auch Lehren aus der Lissabon-Strategie gezogen werden. Nur vor diesem Hintergrund kann die Aussicht auf ein Gelingen von EUROPA 2020 beurteilt werden.

Die Lissabon Strategie hatte ihren Focus einseitig wirtschafts- und beschäftigungspolitisch ausgerichtet und dabei verabsäumt einen entsprechenden „Instrumentenkasten zur europäischen Politikkoordinierung“<sup>27</sup> aufzubauen. Daher ergibt sich für EUROPA 2020 die Aufgabe „aus den Lehren der Koordinierungsansätze des vergangenen Jahrzehnts, dem politökonomischen Paukenschlag der Weltwirtschaftskrise und den absehbaren Herausforderungen der Zukunft für eine globaler und risikoreicher lebende Gesellschaft ein Instrument zu formen, mit dem die Weichen zur Entwicklung der EU neu gestellt werden.“<sup>28</sup> Als Grund für das weitgehende Scheitern der Lissabon Strategie wird aber nicht nur das Instrumentarium, sondern auch die fehlende Umsetzungsbereitschaft der Mitgliedsstaaten geltend gemacht. Treffend auf den Punkt gebracht von Martin Schulz: „Woran ist denn die Lissabon-Strategie gescheitert? Nicht daran, dass sie nicht umsetzbar gewesen wäre. Nein, sie war umsetzbar, die Lissabon-Strategie ist an der zögerlichen Haltung ihrer Mitgliedstaaten, ihre eigenen Versprechen einzuhalten, gescheitert.“<sup>29</sup>

Daher ist es wichtig festzuhalten, dass „[o]bwohl die Strategie EUROPA 2020 auf der Lissabon-Strategie aufbaut, [...] sie sich konzeptuell in zwei Eigenschaften von dieser [unterscheidet]. Zum einen soll jedes Land eigens zugeschnittene Reformziele erhalten, und zum anderen wird die Kontrolle der Durchführung der Strategie dieses Mal in die Hände des Europäischen Rates gelegt.“<sup>30</sup> Das ist ambivalent zu sehen: Einerseits prallen nationale Interessen natürlich im Rat ungebremst aufeinander, was die Chance auf faule Kompromisse zulasten einer europäischen Perspektive naturgemäß erhöht, andererseits sind die Staats- und Regierungschefs direkter in der Verantwortung zugesagte Ergebnisse auch zu liefern.

Allerdings wird die politische Verantwortung auch dann nur schwer festzumachen sein. Schon zu Beginn des Prozesses wurde vom verantwortlichen Rat dazu festgehalten: „Ein intensiver Dialog zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission wird dazu beitragen, die Qualität der Aufsicht zu steigern...“<sup>31</sup>. Eine klare und öffentlich nachvollziehbare, verantwortungsförderliche Festlegung von Zuständigkeiten sähe anders aus und somit bleibt es – auch ganz abgesehen von Fragen der inhaltlichen Ausrichtung und des zugrunde liegenden Integrationsparadigmas – zweifelhaft, ob umsetzungsbezogen aus den Defiziten der Lissabon Strategie hinreichend gelernt wurde.

### **Problematische Tendenzen**

Wenn der europäische Rat festhält: „Die neue Strategie wird die wesentlichen Hemmnisse für das Wirtschaftswachstum auf nationaler und auf EU-Ebene angehen, einschließlich derjenigen, die mit dem Funktionieren des Binnenmarkts und der Infrastruktur zusammenhängen.“<sup>32</sup> oder formuliert: „Die Mitgliedstaaten werden nationale Reformprogramme erstellen, in denen sie detailliert darlegen, welche Maßnahmen sie zur Umsetzung der Strategie planen, und insbesondere erläutern, wie sie ihre nationalen Ziele erreichen und die Hemmnisse für das Wirtschaftswachstum auf nationaler Ebene beseitigen wollen.“<sup>33</sup>, so liegt der Verdacht nahe, dass EUROPA 2020 in direkter Kontinuität der

---

<sup>27</sup> Severin Fischer et al. „EU 2020« – Impulse für die Post-Lissabonstrategie Progressive Politikvorschläge zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung Europas“ im Februar 2010.

<sup>28</sup> ebenda.

<sup>29</sup> Martin Schulz “Programme of the Spanish Presidency” aus European Parliament Plenary Session, Strasbourg, 20.01.2010.

<sup>30</sup> Waldemar Hummer „Fußnoten eines Europarechtlers - Lissabon-Strategie und EU 2020“ aus Die Presse vom 10.03.2010.

<sup>31</sup> Europäischer Rat, EUCO 7/10 „Schlussfolgerungen – 25./26. März 2010“, Brüssel, den 26.03.2010.

<sup>32</sup> Ebenda.

<sup>33</sup> Ebenda.

Lissabon Strategie nichts anderes ist als ein Mittel zur Durchsetzung einer Wettbewerbsordnung, die dogmatisch auf die Selbstregulierungskräfte des freien Marktes vertraut und Gestaltung auf nationalstaatlicher Ebene nur zur Durchsetzung dieser Ordnung duldet.

Dieses in der Union vorherrschende Integrationsparadigma vermag es – soviel hat die Erfahrung mit der Lissabon Strategie gezeigt – effektiv als das zu fungieren, was Bernard Cassen als „Neoliberale Zwangsjacke für Europa“<sup>34</sup> bezeichnet hat. Wenn es heißt, „Die Lissabon-Strategie hat dazu beigetragen, einen breiten Konsens über die notwendigen Reformen in der EU herzustellen.“<sup>35</sup>, so klingt das nach dem bekannten Lied vom Sachzwang.<sup>36</sup> Politische Spielräume werden durch die letztlich zutiefst normative Behauptung einer übergeordneten Alternativlosigkeit negiert an deren Ende einerseits Liberalisierung, Zurücknahme des Staates und Steuerkonkurrenz stehen, deren andere Seite aber mit Prekarisierung und Existenzangst einhergeht.

Hoffnungen, die neue Strategie sei darauf ausgerichtet das Verhältnis von Staat und Markt neu zu definieren und dabei eine Balance zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Prinzipien und Zielsetzungen zu finden<sup>37</sup> werden vor dem dargestellten Hintergrund wohl enttäuscht. Ohne die Stärkung der nur ansatzweise in der neuen Strategie enthaltenen Vorschläge zur Erhöhung der sozialen Produktivität im Sinne einer nachhaltigen Wohlstandsstrategie wird EUROPA 2020 eine Fortschreibung konkurrenzbasierter Wettbewerbsstrategie<sup>38</sup> bleiben.

### **Progressive Ansätze**

„Die Lissabon Strategie erweist sich so (auf dem Papier noch) nicht als homogene radikal wirtschaftsliberale Agenda“<sup>39</sup>, schreibt Benjamin Sello bereits 2005 und weist damit auf die Bedeutung der weiteren umsetzenden Ausgestaltung der insgesamt vage formulierten Orientierungen hin. Dies trifft auch auf EUROPA 2020 zu, die ebenfalls durchaus „traditionelle sozialdemokratische Solidaritätsbekräftigungen“<sup>40</sup> aufwartet.

So stellt beispielsweise der europäische Rat im Rahmen seiner Ausführungen zu EUROPA 2020 fest, dass „rasche Fortschritte [...] bei der Verschärfung der Finanzmarktvorschriften und der Finanzmarktaufsicht sowohl innerhalb der EU als auch in internationalen Foren wie der G20 erforderlich“<sup>41</sup> seien. Die jüngsten Entwicklungen, wie die Einigung auf verschärfte Eigenkapitalvorschriften für Banken (Basel III) können jedoch kaum mit der Strategie in Verbindung gebracht werden. Vielmehr scheinen Maßnahmen und damit zusammenhängende Auseinandersetzungen wieder mehr und mehr aus dem öffentlichen Raum demokratischer Meinungsbildung verdrängt. Und so liegt längst kaum mehr als ein Hauch Populismus in der Luft, wenn der Rat es sich nicht nehmen lässt öffentlich über „mögliche innovative Finanzierungsquellen, wie etwa einer globalen Steuer auf Finanztransaktionen“<sup>42</sup> nachzudenken.

Glaubwürdiger, wenn auch vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierungen dennoch fraglich, erscheint das Bekenntnis zur ökologischen Herausforderungen die der Rat zudem mit der entwicklungspolitischen Verantwortung verknüpft: „Die EU und mehrere nicht der EU angehörende

---

<sup>34</sup> Bernard Cassen „Neoliberale Zwangsjacke für Europa“ aus Le Monde Diplomatique Nr. 6168 vom 16.06.2000.

<sup>35</sup> Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen, SEK(2010) 114 „Bewertung der Lissabon-Strategie“, Brüssel, den 02.02.2010.

<sup>36</sup> Vgl. Stephan Kaufmann „Der Sound des Sachzwangs“ aus Blätter für deutsche und internationale Politik vom März 2006.

<sup>37</sup> Severin Fischer et al. „EU 2020« – Impulse für die Post-Lissabonstrategie Progressive Politikvorschläge zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung Europas“ im Februar 2010.

<sup>38</sup> Vgl. Arbeitskreis Europa der Friedrich Ebert Stiftung „Weichenstellung für eine nachhaltige europäische Wohlstandsstrategie“ vom Februar 2010.

<sup>39</sup> Benjamin Sello, „Europa über Alles! Die Lissabon-Strategie der Europäischen Union“ aus UTOPIE kreativ vom November 2005.

<sup>40</sup> Ebenda.

<sup>41</sup> Europäischer Rat, EUCO 7/10 „Schlussfolgerungen – 25./26. März 2010“, Brüssel, den 26.03.2010.

<sup>42</sup> Ebenda.

Industriestaaten haben sich verpflichtet, bis 2020 jährlich gemeinsam 100 Mrd. USD bereitzustellen, um die Entwicklungsländer bei der Bekämpfung des Klimawandels zu unterstützen.“<sup>43</sup>

### 3. Solidarität der Krise – Krise der Solidarität

Dass von EUROPA 2020 trotz progressiver Ansätze wohl kein Paradigmenwechsel im europäischen Integrationsprozess zu erwarten ist, sollte aus den vorangegangenen Einlassungen deutlich geworden sein. Dies kann einerseits – angesichts der Zusammensetzung von Kommission, Parlament und Rat – auch wenig überraschen, stellt jedoch zugleich – vor dem Hintergrund der durch die Finanz- und Wirtschaftskrise mehr denn je hervorgetretenen gegenseitigen Verflechtungen und Abhängigkeiten – auch eine Ernüchterung dar. Bereits bei Vorlage des Strategieentwurfs wurde deutlich: „Abgesehen von einem grünen Anstrich für die neue EUROPA 2020 Strategie und einer wenig ambitionierten Berücksichtigung von Armutsbekämpfung werden inhaltlich wenig neue Akzente gesetzt“<sup>44</sup>. Mit anderen Worten hält die Strategie keine Antworten auf die Vertrauensfrage bereit, die in Form von spekulativen Angriffen gegen die Refinanzierungsmöglichkeiten ganzer Volkswirtschaften – spätestens seit den gezielten Attacken auf die griechische Euromitgliedschaft – im Raum steht. Nicht *Teilung des Wohlstands*, sondern *Armutsbekämpfung* ist die bewusste Wortwahl und eine Säule der Strategie, nicht *Wohlstand* oder gar *Solidarität*, sondern *Wettbewerbsfähigkeit* ist das unveränderte Paradigma unter dem EUROPA 2020 steht.

Aber macht man es sich nicht zu einfach, wenn man diese Form des Versagens der Europäischen Kommission vor den historischen Herausforderungen des Zeitgeschehens auf ihren unzweifelhaft neoliberalen Grundkonsens und eine ebenso unübersehbare Ratlosigkeit ob dessen ideologischer Zertrümmerung ablädt? Oder anders gefragt, was wäre denn überhaupt möglich an solidarischer Politik? Und wie könnte ein solcher Paradigmenwechsel im Integrationsprozess Europas konkret Gestalt annehmen?

#### (a) Kollektivhaftung als erzwungene Solidarität?

Was die Möglichkeiten einer „anderen Politik“ betrifft, erscheinen die Entwicklungen in der Krise zu einem hohen Maß ambivalent und mitunter paradox. Gleich mehrfach wurde illustriert, dass der alte Schlachtruf des Neoliberalismus „there is no alternative“<sup>45</sup> stärker denn je den Rahmen für politische Entscheidungsträger in Europa und auch darüber hinaus zu bestimmen vermag. Auch ändert nichts daran, dass die vormals globalisierungskritische Gegenparole von der Möglichkeit einer anderen Politik längst selbst als alternativenlose Notwendigkeit Anerkennung in fast allen politischen Lagern findet.

Als vor rund zwei Jahren, im Herbst 2008 uneinbringliche Forderungen eine Kettenreaktion von Bankenpleiten auszulösen drohte und Anleger begonnen hatten die Flucht aus den überbordenden Bankbilanzen ins Bargeld anzutreten, da hieß es noch zur Rechtfertigung der eiligst beschlossenen Rettungsschirme und Einlagegarantien, es werde im Gegenzug eine grundlegende Änderung gegenüber der als Bedrohung erkannten und benannten Macht der Finanzmärkte geben.

Auch wenn sehr teuer erkaufte, so schien die Ideologie der Selbstunterwerfung unter das Heilsversprechen der Selbstregulation der Märkte am Ende. In verschiedenen Umfragen wurde ein steigendes Vertrauen der soeben kollektiv in Haft genommenen BürgerInnen in die

---

<sup>43</sup> Ebenda.

<sup>44</sup> Elisabeth Klatzer „Aufbruch in schöne neue Zeiten? Die Debatte um die Lissabon-Nachfolgestrategie Europa 2020 als Indikator für „neue“ Weichenstellungen in der europäischen Integration?“ in: Kurswechsel 2 /2010 S. 87.

<sup>45</sup> Vgl. Stephan Kaufmann „Der Sound des Sachzwangs“ aus Blätter für deutsche und internationale Politik vom März 2006.

Lösungskompetenz von Regierungen festgestellt und es war – auch jenseits von Sonntagsreden – von der Wiederherstellung des Primats der Politik die Rede.

Verwunderlich war dieses Vertrauen in die Politik insofern, als der Schacher rund um die Bankenrettungsschirme doch in nie zuvor gesehener Deutlichkeit offen gelegt hatte, dass Regierungen auf Zuruf der Geldhäuser in sonntäglichen Sondersitzungen Garantien zusagten, deren verfassungsgemäße Legalität und demokratische Legitimation wohl aufgrund des knappen Zeitfensters in Zweifel gezogen werden müssen. Die scheinbare Renaissance der Politik speiste sich aus einem aller Fesseln enthobenen Ausnahmezustand und der ebenso verzweifelten, wie naiven Hoffnung einer wieder erlangbaren Handlungsfähigkeit der Politik die auch im Erfolg von Obamas „yes we can“ ihren formelhaften, zeitgeistigen und campagnentauglichen Niederschlag fand.

Der Prozess der Ernüchterung kommt erst so langsam in Gang und sein Ausgang ist ungewiss. Zwar wurde mit der spürbaren Anhebung der Liquiditätsvorschriften, der Erhöhung der Eigenkapitalvorschriften und einigen definitiven Lückenschließungen unter der Bezeichnung Basel III erst kürzlich ein Maßnahmenbündel ausgehandelt, das schrittweise bis 2019 in Kraft treten soll, doch selbst der General Manager der BIS, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, räumt ein „dass noch mehr zu tun ist“<sup>46</sup>. Auch auf europäischer Ebene sind eine ganze Reihe kleinerer Regulierungen auf den Weg gebracht worden, Kontrollstrukturen werden reorganisiert. Noch lässt sich nicht absehen, welche Auswirkungen mit diesen Maßnahmen verbunden sein werden, aber das Unbehagen bei der Frage, wer oder was eigentlich durch die in der Krise gewährten Garantien und den regulativen Niederschlag gerettet wurde bleibt:

Gerettet wurden nur mittelbar die Banken, denn deren Bilanzen enthalten in letzter Instanz die Forderungen von Individuen. Und da in unserer Gesellschaft fast ausnahmslos jeder – meist auf verschiedene Weise – zu diesen Forderungen beiträgt (allerdings in ganz erheblich unterschiedlichem Ausmaß), galt diese Rettung uns allen, genauer gesagt dem Verhältnis, das das Vorhandensein dieser Forderungen mit sich bringt. Die Rettung perpetuiert also ein gesellschaftliches Verhältnis, indem die hervorgetretenen Widersprüche (uneinbringliche Forderungen) über den Staat eine neue kollektive Zuordnung erfahren haben. An diesem Vorgehen zeigt sich eine in vielfältiger Weise institutionalisierte – und damit für gewöhnlich geräuschlose – Ordnung des Geldes. Diese Ordnung – nicht ihre kleineren oder größeren Bestandteile – war es, die den Zuruf zu ihrer eigenen Rettung selbst erteilt hat.

Als Ordnung ist dieses gesellschaftliche Verhältnis umfassend, allgegenwärtig und dennoch im Grunde nicht neu. Ihre historischen Formen und konkreten Ausprägungen wurden mit wechselnden Begriffen belegt (Kapitalismus, Globalisierung, usw.), wir möchten sie aber als ‚monetäre Raumordnung‘ bezeichnen, da die von ihr ausgesprochenen Platzanweisungen, ihre Teilung des sozialen Raums und die Zentralität des Geldes, als einzig verbleibender Ort des Handelns, Hervorhebung verdienen.

### **Monetäre Raumordnung**

So wie es im Herbst 2008 nicht eigentlich die Banken waren, die gerettet wurden, so galt die Rettung im Frühjahr nicht Griechenland. Die Stillung des Hungers nach gesellschaftlichen Garantien für Forderungen, die als Staatsverschuldung gegen die Gesellschaft selbst gerichtet sind, konnte – vor dem Hintergrund der sensibilisierten Öffentlichkeit – nicht noch einmal als Bankenrettung dargestellt werden, auch wenn dies nicht mehr oder weniger zutreffend gewesen wäre als im ersten Fall. Nebenwirkung der unter dem Titel der „Eurorettung“ von ihren Instrumenten selbst erzwungenen Rettung der Ordnung war jedoch eine grenzüberschreitende Entsolidarisierung, die in einer europäischen Neiddebatte gipfelte. Plötzlich war es möglich den direkten Zusammenhang zwischen

---

<sup>46</sup> Jaime Caruana: Basel III: towards a safer financial system. Rede des General Manager der BIS, auf der 3rd Santander International Banking Conference, Madrid, 15.09.2010.



einem griechischen Frührentner, der über seine Verhältnisse lebt und dem deutschen Hartz IV Empfänger herzustellen. Mehr Geld scheint es nicht zu geben, es wird zwischen diesen beiden Individuen aufgeteilt, woher aberwitzige Beträge für Banken kommen steht auf einem anderen Blatt. Worauf aber beruht diese, über jede demokratische Legitimation erhabene „monetäre Raumordnung“? Wofür bedarf sie all der Garantien? Und worin besteht ihr Anspruch?

Schon Georg Simmel hat in seiner „Philosophie des Geldes“ den sozialen Wirkungszusammenhang des Geldes und seine individuelle Entsprechung in der Figur des *Blasierten* umfänglich beschrieben und bereits zuvor hatte Marx an der Zentralität des Geldes in seiner Funktion als allgemeines Äquivalent und damit als Bezugspunkt der Geldgesellschaft keinen Zweifel gelassen. Aber erst in der um den Begriff der Ungewissheit kreisenden Analyse von Keynes wurde dem Geld seine Qualität als bloß gewählter Wert, und seine zu diesem Zweck besessene Quantität als Wahn entlockt.<sup>47</sup> In diesem Sinne beruht die erlebte Allmacht der monetären Raumordnung gerade auf irrationaler Beharrung entfernter, längst nicht mehr einbringlicher Forderungen. Auf dem kollektiven, im Geld versachlichten Zwang, der Enttäuschung zu entfliehen, die jedes eintauschen mit sich bringen kann. Monetäre Raumordnung bezeichnet im Kern also die Utopie einer von jeder Gesellschaftlichkeit und jeder Ungewissheit befreiten Gesellschaft. Ihr entspricht eine Gesellschaftsform in der keine Zeit ist für das langsame wirken solidarischen Zusammenhalts, weil sie immer schon sein muss, was sie noch gar nicht weiß. Geldbesitz-vermittelte Sicherheit bedeutet gesellschaftliche Zunahme der Ungewissheit und damit zwanghafte Widersache jeder gesellschaftlich institutionalisierten Form von Solidarität. Entsprechend ist die territorialstaatliche Ordnung nur noch lokaler Standort, dessen Existenzberechtigung im Wettbewerb jederzeit entzogen werden kann und sich im Kern auf einen Begriff zusammenzieht: Haftung.

Bezogen auf sich daraus ergebende (Un-)Möglichkeit von Solidarität stellt sich mithin die Frage, welchen Raum diese noch ausfüllen kann und ob konkrete unmittelbare Solidarität „von unten“ in der Lage ist dem Vollzugscharakter der monetären Raumordnung etwas entgegenzusetzen zu können. Bezogen auf eine Einschätzung der EUROPA 2020 Strategie geht es entsprechend um eine Suche nach den Ansätzen für europäische Solidarität.

### **(b) Solidarisierung von unten?**

Der Begriff der Solidarität, leitet sich vom lateinischen *solidus* ab, das für *echt* und *fest* steht und auch dem Wort *solide* zugrunde liegt. Es handelt sich bei Solidarität also um Formen frei tätigen Zusammenhalts, die sich auch aus dem Erlebnis von Identität speisen<sup>48</sup>. Gesellschaften unter dem Paradigma der monetären Raumordnung lösen diesen Zusammenhalt im Geldbesitz auf. Liquidität, befreit nicht nur von den soliden Bindungen der Solidarität, sondern ersetzt dem Einzelnen in Form von Flexibilität auch den Verlust des Zusammenhalts. Nicht erst der Markt, sondern immer schon die ihm funktional (nicht historisch) voraus gestellte Liquidität des Geldes wird zum Ort des Geschehens. Dieser im Geld dezentralisierte Bezugsort bildet das unangreifbare, weil nicht lokalisierbare Zentrum,

---

<sup>47</sup> Keynes formulierte diese pathologische Seite des Geldumgangs folgendermaßen: “We shall be able to rid ourselves of many of the pseudo-moral principles which have hag-ridden us for two hundred years, by which we have exalted some of the most distasteful of human qualities into the position of the highest virtues. We shall be able to afford to dare to assess the money-motive at its true value. The love of money as a possession – as distinguished from the love of money as a means to the enjoyments and realities of life – will be recognised for what it is, a somewhat disgusting morbidity, one of those semi-criminal, semi-pathological propensities which one hands over with a shudder to the specialists in mental disease.” John Maynard Keynes, *Economic Possibilities for Our Grandchildren, 1930* in: *Essays in Persuasion*, New York: W. W. Norton & Co., 1963, pp. 358-373.

<sup>48</sup> Differenzierungen wurden u.a. von Emile Durkheim vorgenommen, der die *solidarité mécanique* (beruhend auf vorgegebenen gemeinsamen Merkmalen einer Gruppe) von der *solidarité organique* (basierend auf dem arbeitsteiligen aufeinander Angewiesensein) unterscheidet. Solidaritätskonzeptionen, können aber z.B. auch auf ein Bewusstsein sozialer Klassenzugehörigkeit abstellen.

eines Gesellschaftsverhältnisses (einer Verhaltenslogik), dem die Formen der territorial institutionalisierten (sozialstaatlichen) Solidarität nichts entgegen zu setzen haben.

Diese Ordnung appelliert an die Solidarität nur dann, wenn es um den Geldbesitz selbst geht. Das war so (1) bei der *Solidarität* mit den *notleidenden Banken*, hinter deren Bilanzen sich ja letztlich doch nur individuelle Forderungen verstecken und (2) bei der *solidarischen* Garantieleistung für die Verschuldung des Griechischen Staates, sowie zuvor (3) bei der eingeforderten *Solidarität* von Gläubigerstaaten gegenüber auch am privaten Kapitalmarkt überschuldeten Entwicklungsländern.<sup>49</sup>

Solidarität ist in dieser Diktion nicht mehr als die Einforderung einer Haftungsgemeinschaft zur Aufrechterhaltung von überbordenden Forderungen.<sup>50</sup> Mit Solidarität im Sinne eines frei tätigen Zusammenhalts hat dies nur wenig zu tun.

Wenn Territorialstaatlichkeit nicht mehr als Verortungszusammenhang für Solidarität funktioniert, dann scheinen nur zwei – vordergründig entgegengesetzte – Möglichkeiten denkbar. Einerseits, die Neubestimmung eines solchen Verortungszusammenhangs, also eines Raums, in dem Solidarisierung im politischen Prozess möglich ist, und andererseits eine Solidarisierung von unten. Darunter sind Formen von Solidarität zu verstehen, die weitgehend unabhängig von institutionalisierten Strukturen durch das konkrete Handeln der Menschen hervorgebracht werden. Beide Ansätze sind weder neu noch bisher besonders erfolgreich. Beispiele ihrer Verknüpfung zeigen jedoch, dass ihre vordergründige Gegensätzlichkeit nicht unüberwindbar ist. Nur durch konkrete Solidarisierung lassen sich politische Räume einnehmen, in deren Demokratisierung das Potential liegt dem Vollzugscharakter der monetären Raumordnung eine andere Gesellschaftlichkeit entgegenzustellen.

### **neues Europa? neue Solidarität?**

Europäisches Handeln ist jedoch nicht per se am Gemeinwohl interessiert sondern wird auch von Sonderinteressen bestimmt. Solidarität von unten meint jedoch gerade nicht die Stärkung dieser Partikularitäten – dies führte in die Ungestaltbarkeit des Politischen Raums und zu seiner Fragmentierung. Schon heute ist diese *trotsende Solidarität des Lokalen* (so ehrenwert die Motive, und berechtigt die Anliegen auch teilweise sein mögen) zu einer Bedrohung demokratisch rechtstaatlicher Grundsätze geworden. Solidarität von unten bedeutet keine Form des Protests, sondern die tätige Entwicklung des Bewusstseins der Zusammengehörigkeit als Mensch.

EUROPA 2020 bietet bei allen aufgezeigten Schwächen durchaus die Chance europäische Gestaltungsmacht nutzbar zu machen. Europa als politisches Handlungsfeld zu erkennen heißt aber vor allem gesellschaftliches Bewusstsein zu schaffen. Die EU taugt weder als Sündenbock, noch als Heilsbringerin sondern ist ein politischer Raum, den es endlich demokratisch *von unten* – also ohne auf *die Anderen* zu warten oder etwas von ihnen zu erwarten – zu gestalten gilt.

Der Vertrag von Lissabon hat die Rechte des Europäischen Parlaments erheblich gestärkt und schränkt die Möglichkeit nationalstaatlicher Blockadepolitik ein. Auch darin liegt ein solidarisches Potential. Aber erst wenn die Menschen in Europa sich dieser möglichen Verantwortung bewusst werden, können sie lernen solidarisch aufeinander bezogen zu handeln. Insofern gilt: „Jetzt wäre der ideale Zeitpunkt für eine offensive Europadebatte, mit der man auch nachhaltig dem Unmut über Brüssel begegnen könnte.“<sup>51</sup>

---

<sup>49</sup> Bei konkurrierenden aber teilweise uneinbringlichen Forderungen bedeutet der Forderungsverzicht eines Gläubigers die Aufwertung der Forderungen aller anderen Gläubiger. So notwendig der Schuldenerlass gegenüber Entwicklungsländern auch ist, so verbirgt sich dahinter nicht selten ein „bail-out“ privater Investoren.

<sup>50</sup> Um Missverständnissen vorzubeugen soll damit weder ein gar nicht vorhandener Entscheidungsspielraum der politisch Verantwortlichen, noch gar deren Fehlverhalten unterstellt werden.

<sup>51</sup> Günther Oswald „Reinen EU-Wein einschenken“ aus Der Standard vom 11.05.2010.